

Information zu der Verarbeitung
„elektronischer Beschaffungsworkflow“ gemäß Art. 13 und 14
Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Bundesminister für Inneres
Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon [+43 1 531 26-0](tel:+431531260)
Fax: +43 1 531 26-108613
E-Mail: post@bmi.gv.at

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon [+43 1 531 26-0](tel:+431531260)
E-Mail: bmi-datenschutzbeauftragter@bmi.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Der elektronische Beschaffungsworkflow dient dazu, vollständige und standardisierte nicht- personenbezogene Daten über Beschaffungsvorgänge zu erhalten sowie eine korrekte Abbildung der Beschaffungsprozesse zu dokumentieren. Dafür ist es auch nötig, die im Einzelprozess direkt und indirekt befassten Personen zu erfassen.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Haushalts- und finanzrechtliche Regelungen des Bundes, insbesondere Bundeshaushaltsgesetz, Bundeshaushaltsverordnung, Bundesvergabegesetz und Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit;
§ 280 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979; Art. 6 Abs. 1 lit. b, c, e und f DSGVO.

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Die Einzelprozesse werden entsprechend den gesetzlichen Aufbewahrungs- oder sonstigen Skartierungsvorschriften aufbewahrt.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Alle mit einer Beschaffung direkt und indirekt befassten Personen; alle Personen und Einrichtungen (insbesondere der Rechnungshof und die Buchhaltungsagentur des Bundes), die im Rahmen der Geschäftstätigkeit zu befassen sind.

Rechte der betroffenen Person:

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 24 Abs. 1 DSG.
Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO.

Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des Art. 16 DSGVO. Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO.

Ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO. Ein Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO besteht nicht.